



AMTSBLATT DES ERZBISTUMS KÖLN

Stück 10
149. Jahrgang
Köln, den 31. August 2009

Inhalt

Dokumente des Erzbischofs

Nr. 177 Änderungs- und Ablösungsgesetz zur Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln 193

Nr. 178 Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln (Geschäftsanweisung 2009)..... 194

Dokumente des Erzbischofs

Nr. 177 Änderungs- und Ablösungsgesetz zur Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln

§ 1 Änderung der Geschäftsanweisung vom 11. Juli 1928

Die aufgrund von § 21 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 (PrGS. S. 585), zuletzt geändert durch das Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen NRW vom 17. Juni 2003 (GV. NRW. 2003 S. 313) erlassene Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln vom 11.07.1928 (Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln 1928, Nr. 151, S. 73), auch für den rheinland-pfälzischen Gebietsteil des Erzbistums Köln fortgeltend gemäß Erzbischöflichem Erlass vom 25. November 1975 über die Fortgeltung des Vermögensverwaltungsgesetzes und der Geschäftsanweisung als kirchliches Recht mit Ausnahme der staatlichen Aufsichts-, Mitwirkungs- und Genehmigungsrechte (Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln 1975, Nr. 357, S. 646; Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz 1976, S. 66),

geändert bzw. ergänzt durch:

Für den nordrhein-westfälischen Gebietsteil des Erzbistums Köln:

- Bekanntmachungen vom 22.06.1979 „Änderung der Genehmigungsvorschriften für Kauf-, Tausch- und Werkverträge sowie für den Abschluss von Vergleichen“ (Amtsblatt 1979, Nrn. 203 und 204; GV. NRW. 1980 S. 478) – (Änderung des Art. 7 Ziff. 3 und 9)
- Erlass vom 20.12.1995 „Änderung der Geschäftsanweisung, gültig für den nordrhein-westfälischen Teil des Erzbistums Köln“ (Amtsblatt 1995, Nr. 316; GV NRW 1997, S. 6) und Bekanntmachung „Erläuterung zur Neufassung der Genehmigungsvorschriften für Kirchengemeinden und Gemeindeverbände“ vom 20.12.1995 (Amtsblatt 1995, Nr. 319) – (Neufassung des Art. 7)
- Erlass vom 06.12.2002 „Änderung der Geschäftsanweisung, gültig für den nordrhein-westfälischen Teil des Erzbistums Köln“ (Amtsblatt 2002, Nr. 306; GV. NRW. 2003 S. 215) – (Neufassung des Art. 7),

- Erlass vom 07.07.2005 „Änderung der Geschäftsanweisung“ (Amtsblatt 2005, Nr. 210; GV. NRW. 2006 S. 384) – (Neufassung des Art. 2 Erster und zweiter Stellvertreter und Einfügung eines Art. 2 a Geschäftsführender Vorsitzender),

Für den rheinland-pfälzischen Gebietsteil des Erzbistums Köln:

- Bekanntmachungen vom 22.06.1979 „Änderung der Genehmigungsvorschriften für Kauf-, Tausch- und Werkverträge sowie für den Abschluss von Vergleichen“ (Amtsblatt 1979, Nrn. 203 und 204) – (Änderung des Art. 7 Ziff. 3 und 9)
- Erlass vom 20.12.1995 „Vermögensverwaltung und vermögensrechtliche Vertretung der Kirchengemeinden und Gemeindeverbände im rheinland-pfälzischen Gebietsteil des Erzbistums Köln“ (Amtsblatt 1995, Nr. 318) und Bekanntmachung „Erläuterung zur Neufassung der Genehmigungsvorschriften für Kirchengemeinden und Gemeindeverbände“ vom 20.12.1995 (Amtsblatt 1995, Nr. 319) – (Neufassung des Art. 7)
- Erlass vom 06.12.2002 „Vermögensverwaltung und vermögensrechtliche Vertretung der Kirchengemeinden und Gemeindeverbände im rheinland-pfälzischen Gebietsteil des Erzbistums Köln“ (Amtsblatt 2002, Nr. 307) – (Neufassung des Art. 7),
- Erlass vom 07.07.2005 „Änderung der Geschäftsanweisung“ (Amtsblatt 2005, Nr. 210) – (Neufassung des Art. 2 Erster und zweiter Stellvertreter und Einfügung eines Art. 2 a Geschäftsführender Vorsitzender),

wird wie folgt geändert:

(1) Art. 2 a wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 1 wird vor den Worten „stellvertretenden Vorsitzenden“ das Wort „ersten“ eingefügt.
- b) Abs. 2 Satz 1 erhält diese Fassung:
„In seiner Eigenschaft als geschäftsführender Vorsitzender übernimmt der erste stellvertretende Vorsitzende den Vorsitz im Kirchenvorstand mit allen Rechten und Pflichten.“
Der bisherige Abs. 2 Satz 1 wird gestrichen.
- c) In Abs. 2 Satz 2 werden die einleitenden Worte „Der geschäftsführende Vorsitzende“ gestrichen und durch das Wort „Er“ ersetzt.

- (2) Nach Art. 7 wird ein Art. 7 a eingefügt. Dieser lautet:
„Art. 7 a Vorausgenehmigung
Die zuständige kirchliche Autorität kann anordnen, unter welchen Voraussetzungen die Genehmigung der Erzbischöflichen Behörde zu einem der in Art. 7 aufgeführten Rechtsgeschäfte oder Rechtsakte vorab erteilt wird (Vorausgenehmigung). Diese Regelung ist im Amtsblatt des Erzbistums Köln zu veröffentlichen.“

§ 2 Ablösung der Geschäftsanweisung

Die Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln vom 11.07.1928 mit den aus § 1 ersichtlichen Änderungen und Ergänzungen wird durch die nachfolgend veröffentlichte neugefasste Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln (Geschäftsanweisung 2009) – gültig sowohl für den nordrhein-westfälischen als auch rheinland-pfälzischen Gebietsteil des Erzbistums Köln – abgelöst¹.

§ 3 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Änderungen gemäß § 1 Absätze 1 und 2 und die neugefasste Geschäftsanweisung 2009² treten zum 01.09.2009 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln vom 11.07.1928 (Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln 1928, Nr. 151, S. 73) mit den in § 1 S. 1 genannten Änderungen außer Kraft.

Köln, den 27. Juli 2009

+ Joachim Card. Meisner
Erzbischof von Köln

Veröffentlichungen im staatlichen Bereich:

Der Erlass der Geschäftsanweisung erfolgt für den nordrhein-westfälischen Gebietsteil des Erzbistums Köln im Benehmen mit der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen aufgrund von § 21 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 (PrGS. S. 585). Das Land Nordrhein-Westfalen wurde heute ersucht, die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes zu veranlassen.

Für den rheinland-pfälzischen Gebietsteil erfolgt die Veröffentlichung gemäß Art. 4 Abs. 3 des Vertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Erzbistum Köln sowie den Bistümern Limburg, Mainz, Speyer und Trier über Fragen der Rechtsstellung und Vermögensverwaltung der Katholischen Kirche vom 18. September 1975 im Staatsanzeiger für das Land Rheinland-Pfalz und im Amtsblatt des Erzbistums Köln. Das Land Rheinland-Pfalz wurde heute ersucht, die Veröffentlichung im Staatsanzeiger zu veranlassen.

Nr. 178 Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln (Geschäftsanweisung 2009)¹

Aufgrund von § 21 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 (PrGS. S. 585), zuletzt geändert durch das Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen NRW vom 17. Juni 2003 (GV. NRW. 2003 S. 313) wird die nachfolgend veröffentlichte neugefasste Geschäftsanweisung bekanntgemacht:

Art. 1 Obliegenheiten des Vorsitzenden

- (1) Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes sorgt für die gründliche Vorbereitung der Beratungsgegenstände, leitet in den Sitzungen die Verhandlung, bestimmt zunächst die Reihenfolge der Beratungsgegenstände und der Abstimmungen. Er hat die Ruhe und die Ordnung in den Sitzungen aufrechtzuerhalten und sorgt für die Eintragung der Beschlüsse in das Sitzungsbuch.
- (2) Er nimmt alle Schriftstücke für den Kirchenvorstand in Empfang und vermerkt den Tag des Eingangs.
- (3) Er hat das Amtssiegel zu führen und aufzubewahren. Das Amtssiegel trägt den Namen der Kirchengemeinde. Der Titel der Kirche kann beigefügt und die Ortsbezeichnung durch einen Zusatz ergänzt werden.
- (4) Der Vorsitzende sorgt für die Ausführung der Beschlüsse. Dabei kann er die Mitwirkung der übrigen Mitglieder in Anspruch nehmen. Er bestimmt auch die Geschäftsverteilung.

Art. 2 Erster und zweiter Stellvertreter

- (1) Der Kirchenvorstand wählt beim turnusmäßigen Wechsel seines Mitgliederbestandes aus seiner Mitte einen ersten und zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden. Der erste stellvertretende Vorsitzende vertritt den Vorsitzenden in den Fällen der Verhinderung. Der zweite stellvertretende Vorsitzende tritt bei gleichzeitiger Verhinderung des Vorsitzenden und des ersten stellvertretenden Vorsitzenden in die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden ein. Die Ämter des ersten und des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden enden mit dem nächsten turnusmäßigen Wechsel des Mitgliederbestandes.
- (2) Der Vorsitzende hat die Namen des ersten und des zweiten Stellvertreters unverzüglich nach der Wahl der Erzbischöflichen Behörde anzuzeigen.

Art. 2a Geschäftsführender Vorsitzender

- (1) Unbeschadet des § 2 Abs. 1 Nr. 1 VVG kann im besonderen Fall auf Antrag des Vorsitzenden für die Dauer seiner Amtszeit und der Wahlperiode des Kirchenvorstandes der Kirchenvorstand den ersten stellvertretenden Vorsitzenden mit dem geschäftsführenden Vorsitz betrauen. Der Beschluss bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Genehmigung durch die Erzbischöfliche Behörde.
- (2) In seiner Eigenschaft als geschäftsführender Vorsitzender übernimmt der erste stellvertretende Vorsitzende den Vorsitz im Kirchenvorstand mit allen Rechten und Pflichten. Er ist verpflichtet, den Pfarrer, der Vorsitzender des Kirchenvorstandes bleibt, über alle Angelegenheiten des Kirchenvorstandes zu unterrichten, die Tagesordnung und die Sitzungstermine mit ihm abzustimmen und ihn über die Beratungsergebnisse auf Grund des Protokolls zu informieren.
- (3) Sofern der Pfarrer an den Sitzungen des Kirchenvorstandes teilnimmt, hat er den Vorsitz inne.

¹ Vgl. die in derselben Amtsblattausgabe veröffentlichte Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln – Geschäftsanweisung 2009 (Amtsblatt 2009, Nr. 178).

² Vgl. die in derselben Amtsblattausgabe veröffentlichte Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln – Geschäftsanweisung 2009 (Amtsblatt 2009, Nr. 178).

Art. 3 Der Rendant

(aufgehoben, da gegenstandslos aufgrund der Einführung der Rendanturen, vgl. zuletzt Ordnung für die Rendanturen im Erzbistum Köln (Rendanturordnung 2009)²)

Art. 4 Die Kirchenvorsteher

- (1) Die neuen Kirchenvorsteher sind innerhalb eines Monats nach Rechtskraft ihrer Wahl oder nach ihrer Berufung in einer Sitzung des Kirchenvorstandes von dem Vorsitzenden in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittels Handschlages zu verpflichten.
- (2) Dem Sitzungsprotokoll ist ein Verzeichnis der Kirchenvorsteher und der Ersatzmitglieder beizufügen. Die Ersatzmitglieder sind in der Reihenfolge ihrer Berufung aufzuführen. Nach jeder Veränderung ist das Verzeichnis zu berichtigen.
- (3) Die Mitglieder des Kirchenvorstandes sind zur Amtverschwiegenheit über Angelegenheiten verpflichtet, die im Einzelfalle durch Beschluss des Kirchenvorstandes oder von der Erzbischöflichen Behörde als vertraulich bezeichnet werden.

Art. 5 Ausschüsse und Kuratorien

Der Kirchenvorstand kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden, um seine Beschlüsse vorzubereiten und auszuführen. Auf diese Aufgaben beschränkt sich auch die Zuständigkeit der sogenannten Kuratorien. Zu den Ausschüssen und Kuratorien können auch andere Personen hinzugezogen werden.

Art. 6 Genehmigungspflicht der Beschlüsse des Kirchenvorstandes durch die Staatsbehörde

(aufgehoben, da gegenstandslos durch spezialgesetzliche Regelungen für den jeweiligen Sachbereich, z.B. für Schulen, Krankenhäuser und aufgrund der staatskirchenrechtlichen Gewährleistungen des Art. 140 Grundgesetz i.V.m. Art. 137 Weimarer Reichsverfassung, nach denen die Kirche frei von staatlichem Einfluss bei der Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten ist, daher nicht mehr abgedruckt)

Art. 7 Fälle, in denen Rechtsgeschäfte und Rechtsakte erst durch die Genehmigung der Erzbischöflichen Behörde rechtswirksam werden

Nachstehend aufgeführte Rechtsgeschäfte und Rechtsakte der Kirchenvorstände und der Vertretungen von Gemeindeverbänden bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit der schriftlichen Genehmigung der Erzbischöflichen Behörde:

1. Bei Rechtsgeschäften und Rechtsakten ohne Rücksicht auf den Gegenstandswert:

- a) Erwerb, Belastung, Veräußerung von Grundstücken und Aufgabe des Eigentums an Grundstücken sowie Erwerb, Änderung, Veräußerung und Aufgabe von Rechten an Grundstücken,
- b) Zustimmung zur Veräußerung, Änderung und Belastung von Rechten Dritter an kirchlichen Grundstücken, insbesondere Erbbaurechten,
- c) Begründung bauordnungsrechtlicher Baulasten und Zustimmung zu behördlicher Widmung kirchlicher Grundstücksflächen,
- d) Annahme von Schenkungen und Zuwendungen, die mit einer Verpflichtung belastet sind, sowie Annahme und Ausschlagung von Vermächtnissen,
- e) Aufnahme von Darlehen, Abgabe von Bürgschafts- und Garantierklärungen, Übernahme von Fremdverpflichtungen,
- f) Rechtsgeschäfte über Gegenstände, die einen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Wert haben sowie die Aufgabe des Eigentums an diesen Gegenständen,
- g) Begründung und Änderung von kirchlichen Beamtenverhältnissen,

- h) Abschluss und vertragliche Änderung von Dienst- und Arbeitsverträgen*,
- i) gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche,
- j) Versicherungsverträge, ausgenommen Pflichtversicherungsverträge,
- k) Gestellungsverträge, Beauftragung von Rechtsanwälten, Dienst und Werkverträge über Architekten- und Ingenieurleistungen sowie Verträge mit bildenden Künstlern,
- l) Abschluss von Reiseverträgen,
- m) Gesellschaftsverträge, Erwerb und Veräußerung von Geschäftsanteilen, Begründung von Vereinsmitgliedschaften und Beteiligungsverträge jeder Art,
- n) Erteilung von Gattungsvollmachten,
- o) Errichtung, Erweiterung, Übernahme, Übertragung und Schließung von Einrichtungen, einschließlich Friedhöfen, sowie die vertragliche oder satzungsrechtliche Regelung ihrer Nutzung,
- p) Verträge über Bau- und Kultuslasten sowie entsprechende Geld- und Naturalleistungsansprüche,
- q) Begründung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen, unbeschadet der unter Nr. 1, Buchstabe c) und g) genannten Verpflichtungstatbestände, insbesondere Erschließungsverträge, Kraftfahrzeug-Stellplatz-Ablösungsvereinbarungen,
- r) Rechtsgeschäfte mit Mitgliedern des Kirchenvorstandes und des Pfarrgemeinderates, es sei denn, dass das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht,
- s) Einleitung von Rechtsstreitigkeiten vor staatlichen Gerichten und deren Fortführung in einem weiteren Rechtszug, soweit es sich nicht um ein Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes handelt; im letzteren Fall ist die Erzbischöfliche Behörde unverzüglich zu benachrichtigen.

2. Bei Rechtsgeschäften und Rechtsakten mit einem Gegenstandswert von mehr als 15.000,00 €

- a) Schenkungen,
- b) Gewährung von Darlehen, mit Ausnahme von Einlagen bei Kreditinstituten,
- c) Kauf- und Tauschverträge,
- d) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Wertpapieren und Anteilscheinen,
- e) Werkverträge mit Ausnahme der unter Nr. 1, Buchstabe k) genannten Verträge und Treuhandverträge,
- f) Geschäftsbesorgungsverträge mit Ausnahme der unter Nr. 1, Buchstabe k) genannten Verträge und Treuhandverträge,
- g) Abtretung von Forderungen, Schuldverlass, Schuldversprechen, Schuldanerkenntnisse gem. §§ 780, 781 BGB, Begründung sonstiger abstrakter Schuldverpflichtungen einschließlich wertpapierrechtlicher Verpflichtungen.

3. Bei Miet-, Pacht-, Leasing- und Leihverträgen

Miet-, Pacht-, Leasing- und Leihverträge, die unbefristet sind oder deren befristete Laufzeit länger als ein Jahr beträgt oder deren Nutzungsentgelt auf das Jahr berechnet 15.000,00 € übersteigt.

4. Genehmigungsbestimmungen für den Bereich der kirchlichen Krankenhäuser und Heime

Für den Bereich der kirchlichen Krankenhäuser und Heime gelten folgende Genehmigungsbestimmungen:

- (1) Ohne Rücksicht auf den Gegenstandswert sind genehmigungspflichtig
 - a) alle unter Nr. 1, Buchstabe a) bis g) und i) bis m), r) und s) genannten Rechtsgeschäfte bzw. Rechtsakte,
 - b) Abschluss und vertragliche Änderung von Dienst- und Arbeitsverträgen mit Mitarbeitern in leitender Stellung,

insbesondere mit Chefärzten und leitenden Oberärzten, Verwaltungs-, Heim- und Pflegedienstleitern sowie Oberärzten,

c) Belegarztverträge.

- (2) Mit einem Gegenstandswert von mehr als 150.000,00 € sind genehmigungspflichtig alle in Nr. 2 aufgeführten Rechtsgeschäfte/Rechtsakte.
- (3) Miet-, Pacht-, Leasing- und Leihverträge sind genehmigungspflichtig, wenn sie unbefristet geschlossen werden, ihre befristete Laufzeit länger als ein Jahr beträgt oder ihr Nutzungsentgelt auf das Jahr berechnet 150.000,00 € übersteigt.

5. Bestimmung des Gegenstandswertes

Für die Bestimmung des Gegenstandswertes gelten in Zweifelsfällen die Vorschriften der Zivilprozessordnung.

Art. 7 a Vorausgenehmigung

Die zuständige kirchliche Autorität kann anordnen, unter welchen Voraussetzungen die Genehmigung der Erzbischöflichen Behörde zu einem der in Art. 7 aufgeführten Rechtsgeschäfte oder Rechtsakte vorab erteilt wird (Vorausgenehmigung). Diese Regelung ist im Amtsblatt des Erzbistums Köln zu veröffentlichen.

Art. 8 Genehmigung der Erzbischöflichen Behörde in anderen Fällen

(aufgehoben, da gegenstandslos aufgrund kirchenrechtlicher, partikularrechtlicher und diözesanrechtlicher Regelungen zum jeweiligen Sachbereich)

Art. 9 Willenserklärungen und Mitteilungen

Willenserklärungen des Kirchenvorstandes müssen vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und zwei Mitgliedern schriftlich unter Beidrückung des Amtssiegels abgegeben werden. Bloße Mitteilungen des Kirchenvorstandes sind von dem Vorsitzenden zu unterschreiben.

Art. 10 Sitzungsraum

(aufgehoben)

Art. 11 Registratur

- (1) Der Kirchenvorstand hat dafür zu sorgen, dass alle Schriftstücke und Urkunden, die sich auf das Vermögen der Kirchengemeinde beziehen, im Archiv aufbewahrt und in übersichtlicher Ordnung erhalten werden. Für die Ordnung ist der Vorsitzende verantwortlich.
- (2) Es muss ein Tagebuch mit fortlaufenden Nummern geführt werden, in dem alle Schreiben unter Angabe des Ein- und Abgangstages, des Einsenders oder Empfängers, des Gegenstandes und des Tages zu verzeichnen sind. Die Nummer des Tagebuches wird auf dem Schriftstücke vermerkt.
- (3) Die Inhaber von Pfründen können Einsicht in die Schriftstücke fordern, die sich auf ihr Pfründenvermögen beziehen.

Art. 12 – 23 (Vermögensverwaltung, Haushalts- und Rechnungsführung)

(Art. 12-17 und 19-23 aufgehoben, da gegenstandslos aufgrund der diözesanrechtlichen Regelungen in der Ausführungsbestimmungen für die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden, Kirchengemeindeverbänden und Gemeindeverbänden der Erzdiözese Köln (AusbestGA – Vermögensverwaltung)³ –

Art. 18 „Sondervorschrift für die linksrheinischen Kirchengemeinden“ aufgehoben als entbehrliche formelle Verwaltungsvorschrift, die die im Einzelfall betroffenen materiellen staatskirchenrechtlichen Rechtsgrundlagen unberührt lässt)

Art. 24 Verbandsvertretungen und Ausschüsse

- (1) Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die Geschäftsführung der Verbandsvertretungen der Kirchengemeindeverbände auf Seelsorgebereichsebene und der Verbandsvertretungen der Gemeindeverbände auf Stadt- und Kreisdekanatsebene sinnngemäße Anwendung.
- (2) Die Verbandsvertretung kann einen Ausschuss bestellen. Dieser vertritt den Verband in vermögensrechtlicher Beziehung, in streitigen und nicht streitigen Rechtssachen nach außen und verwaltet das Vermögen nach Maßgabe der Beschlüsse der Verbandsvertretung.
- (3) Der Ausschuss beschließt in Sitzungen, zu denen sämtliche Mitglieder einzuladen sind. Der Vorsitzende hat die Sitzung einzuberufen, so oft es zur ordnungsmäßigen Erledigung der Geschäfte dienlich ist, ferner dann, wenn ein Ausschussmitglied es schriftlich beantragt. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst, es muss ein Sitzungsbuch geführt werden.
- (4) Willenserklärungen der Verbandsvertretungen und des Ausschusses müssen, wenn sie verpflichten sollen, vom Vorsitzenden und zwei Mitgliedern unter Beidrückung des Amtssiegels des Verbandes abgegeben werden. Der Beschluss der Verbandsvertretungen und des Ausschusses ist in der Urkunde aufzuführen.
- (5) Der Beschluss der Verbandsvertretung über die Bestellung des Ausschusses und die Namen seiner Mitglieder sind der Erzbischöflichen Behörde mitzuteilen.

Art. 25 Inkrafttreten

Diese Geschäftsanweisung tritt zum 01.09.2009 in Kraft.

Köln, den 28. Juli 2009

+ Joachim Card. Meisner
Erzbischof von Köln

¹ Geltend für den nordrhein-westfälischen und rheinland-pfälzischen Gebietsteil des Erzbistums Köln.

² Amtsblatt 2009, Nr. 113.

* Der diözesanrechtlichen Regelung bleibt es vorbehalten, bestimmte Dienst- und Arbeitsverträge von der Genehmigungspflicht freizustellen.

³ Amtsblatt 2009, Nr. 115.